



IW-Policy Paper 2/20

Die US-Demokraten vor den Wahlen

Was bedeuten die Positionen der Kandidaten für die europäische Wirtschaftspolitik?
Dr. Hubertus Bardt

Köln, 01.02.2020

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Internationaler Handel	5
3 Wirtschafts- und Industriepolitik	7
4 Klimapolitik	9
5 Eine mögliche neue Präsidentschaft: Kein Weg zurück	11
Literatur	12
Abstract	13

JEL-Klassifikation:

E6 – Wirtschaftspolitik USA

F13 – Handelspolitik USA

D72 – Wahlen USA

Zusammenfassung

Die USA stehen am Beginn eines Wahljahres. Die Wahlen am 3. November 2020 werden prägenden Einfluss auf das transatlantische Verhältnis und auf globale Kooperationsstrukturen auf vielfältigen Themengebieten haben. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob die aktuelle Administration für weitere vier Jahre gewählt wird. Eine Wiederwahl des derzeitigen Präsidenten wird vermutlich multilaterale Ansätze weiter schwächen und transatlantische Kooperationen erschweren. Während eine Fortsetzung der bisherigen Präsidentschaft über vier weitere Jahre bis Anfang 2025 – bei aller Unberechenbarkeit der derzeitigen US-Administration – bestehende Entwicklungstendenzen fortschreiben dürfte, kann bei einem Regierungswechsel mit Veränderungen gerechnet werden. Dies wird aber weder bedeuten, dass die vergangenen vier Jahre ungeschehen gemacht werden können, noch ist eine 180 Grad-Wende der Politik in den für Deutschland und Europa wichtigen Themenfeldern realistisch.

Wie eine mögliche Administration unter demokratischer Führung agieren kann, hängt wesentlich von der politischen Positionierung eines neuen Präsidenten ab. Je nachdem, welcher Kandidat von der demokratischen Partei nach den Vorwahlen nominiert wird, werden die Unterschiede zur aktuellen Politik aber in einzelnen Politikfeldern gar nicht so groß sein. Insbesondere wenn es um freien Handel geht, finden sich bei den demokratischen Kandidaten teilweise ausgeprägte protektionistische Tendenzen. Einen Weg zurück in eine vermeintlich konfliktfreie Kooperation – die es aber auch nie gab – wird es nicht geben. Dies gilt umso mehr dann, wenn ein demokratischer Präsident nicht auf eine Mehrheit in beiden Häusern zurückgreifen kann.

1 Einleitung

Der amerikanische Präsident hat immer besondere Bedeutung für die internationale politische Entwicklung. Dies haben nicht zuletzt die Unsicherheiten und der zunehmende Protektionismus gezeigt, die mit der aktuellen Präsidentschaft hervorgerufen wurden und die auch nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft geblieben sind (Kolev, 2018; Grömling/Matthes, 2019). Die Wahlen in den Vereinigten Staaten am 3. November 2020 werden prägenden Einfluss auf das transatlantische Verhältnis und auf globale Kooperationsstrukturen auf vielfältigen Themengebieten haben. Eine Wiederwahl des derzeitigen Präsidenten wird vermutlich multilaterale Ansätze weiter schwächen und transatlantischen Kooperationen erschweren. Prägnante Beispiele sind die Schwächung der WTO durch die Blockade der Streitschlichtungsmechanismen für internationale Handelsstreitigkeiten, die aggressive Zoll- und Sanktionspolitik, der Austritt aus dem internationalen Klimaschutzabkommen oder der Zwist über die Militärausgaben der NATO-Länder.

Während eine Fortsetzung der bisherigen Präsidentschaft über vier weitere Jahre bis Anfang 2025 – bei aller Unberechenbarkeit der derzeitigen US-Administration – bestehende Entwicklungstendenzen fortschreiben dürfte, kann bei einem Regierungswechsel mit Veränderungen gerechnet werden. Dies wird aber weder bedeuten, dass die vergangenen vier Jahre ungeschehen gemacht werden können, noch ist eine 180 Grad-Wende der Politik in den für Deutschland und Europa wichtigen Themenfeldern realistisch.

Wie eine mögliche Administration unter demokratischer Führung agieren kann, hängt wesentlich von der politischen Positionierung eines neuen Präsidenten ab. Bei den Demokraten gelten derzeit drei Kandidaten als favorisiert: Senatorin Elisabeth Warren, Senator Bernie Sanders und der ehemalige Vizepräsident Joe Biden. Während Warren und Sanders dem linken Flügel der Demokraten zugerechnet werden, gilt Biden als zentristisch orientiert. Diese Klassifizierung ist allerdings nur sehr schematisch und entspricht auch nur sehr eingeschränkt dem, was in Deutschland als moderat oder explizit links verstanden wird.

Um abzuschätzen, welche politischen Positionen in ausgewählten Themenfeldern zukünftig im Weißen Haus beheimatet sein könnten, werden hier die Positionen der drei Kandidaten ausgewertet. Dabei wird vor allem auf die auf den Websites der jeweiligen Kampagnen hinterlegten Positionierungen zurückgegriffen (Warren, 2020; Sanders, 2020 und Biden, 2020, jeweils Stand Ende Januar).

Die Zusammenstellung fokussiert auf vier Themengebiete, die sich in den letzten Jahren besonders spannungsreich entwickelt haben und mit Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Deutschland und Europa vordringlich sind. Dies sind die Handelspolitik, die Wirtschafts- und Industriepolitik sowie die nationale und internationale Klimapolitik. Die Aussagen der Vorwahlkandidaten sind hierzu unterschiedlich ausführlich ausgearbeitet, können aber für einen ersten Vergleich herangezogen werden.

2 Internationaler Handel

Die multilaterale und bilaterale Handelspolitik ist eines der zentralen Konfliktfelder zwischen Europa auf der einen und der aktuellen amerikanischen Präsidentschaft auf der anderen Seite. Dazu gehören Zolldrohungen gegenüber europäischen Importen, exterritoriale Sanktionen, protektionistische Maßnahmen beispielsweise bei der öffentlichen Beschaffung, die Rolle und Funktionsfähigkeit der Welthandelsorganisation WTO und der zunehmende Systemwettbewerb mit China. Die Abkehr von multilateralen Bindungen und die Betonung bilateraler Abkommen („Deals“) gehört zu den prägendsten Entwicklungen der US-Politik. Ein Regierungswechsel würde hier eine Kurskorrektur bringen können. Die Idee offener Weltmärkte mit freiem Handel wird aber auch von verschiedenen demokratischen Kandidaten nicht verfolgt.

Elisabeth Warren

Die internationale Handelspolitik ist auch zwischen den demokratischen Kandidaten umstritten. Elisabeth Warren bekennt sich zu freiem Handel – aber „zu unseren Bedingungen und nur wenn amerikanische Familien davon profitieren“ (<https://elizabethwarren.com/plans/new-approach-trade>). Um dies zu erreichen, will sie „unseren Hebel nutzen, um anderen Länder zu zwingen, die Latte bei allem anzuheben – von Arbeits- und Umweltstandards bis hin zu Anti-Korruptions-Regeln, Zugang zu Medizin und Steuereinhaltung“. Die Liste der Standards, die zur Bedingung für freien Handel gemacht werden sollen, umfasst beispielsweise die Kernarbeitsrechte der International Labour Organisation oder Menschenrechte wie Religionsfreiheit. Als weitere Voraussetzungen wird die Anerkennung des Pariser Klimaschutzabkommens, unabhängige Bestätigungen von Emissionsenkungen, die Streichung von Subventionen für fossile Kraftstoffe und die Bekämpfung von Steuervermeidung und Gewinnverlagerung im Rahmen der OECD-Aktivitäten genannt.

Die Positionierung von Warren ist nicht freihändlerisch, sondern steht in merkantilistischer Tradition. So wird freier Handel damit konditioniert, dass er bestimmten Gruppen nützen muss. Im Allgemeinen ist Handel für beide beteiligten Seiten vorteilhaft – wenn nicht in jeder einzelnen Transaktion, so doch zumindest insgesamt. Kritisch ist insbesondere, dass die Möglichkeit des Handels genutzt werden soll, um unterschiedliche Ziele der internationalen Politik durchzusetzen – so erstrebenswert sie auch sein mögen. Teilweise wurden diese Ziele bisher von den USA abgelehnt, wie die Kernarbeitsrechte der ILO oder der Beitritt zum Pariser Abkommen. Teilweise werden aber auch Themen wie die Bepreisung fossiler Kraftstoffe oder die tatsächliche Emissionsentwicklung, die tief in die nationale Politik eingreifen.

Es ist zu befürchten, dass die Handelspolitik einer Warren-Administration nicht weniger protektionistisch gestaltet wird als die aktuelle und das Handel als Waffe zur Durchsetzung amerikanischer Interessen eingesetzt wird. Die Ziele dürften sich von denen der derzeitigen Regierung jedoch unterscheiden und können Europa entgegenkommen. Die Funktionalität einer auf multilateralen Strukturen und bilateralen Abkommen aufbauenden liberalen Welthandelsordnung, kann aber weiterhin Schaden nehmen, wenn Handel nicht per se als Wohlstandsstiftend, sondern als Instrument zum bilateralen Vorteil und zur Durchsetzung spezifischer Interessen angesehen wird.

Bernie Sanders

Auch die handelspolitischen Perspektiven von Bernie Sanders versprechen keine Rückkehr zum Freihandel. Er kündigt an, „alle Handelsabkommen neu zu schreiben, um die Verlagerung amerikanischer Arbeitsplätze zu verhindern und Löhne zu steigern (<https://berniesanders.com/issues/fair-trade/>). Dahinter liegt die Vorstellung, dass der Austausch des internationalen Handels nicht dazu beiträgt, Wohlstand im Inland – bei Arbeitnehmern – zu steigern.

Konkret fordert Sanders die Integration „starker und bindender Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards in den Kerntext aller Handelsabkommen“. Anreize zur Auslagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland sollen abgeschafft und alle Unternehmen, die Arbeitsplätze verlagern, sollen von Aufträgen des Bundes ausgeschlossen werden. Ebenso wie die gegenwärtige Administration kritisiert er zudem das Handelsbilanzdefizit der USA. Mit der Forderung nach der Ausweitung bestehender „Buy American“ und „Buy Local“-Politiken, wird ein dezidiert protektionistischer Ansatz hervorgehoben, der für Europa schon immer ein Handelshemmnis und Thema in den TTIP-Verhandlungen war.

Eine Sanders-Administration wäre für Europa ebenfalls kein „einfacher“ Partner, der eine originär freihändlerische Politik der Marktöffnung betreiben würde. Handel wird primär als Instrument der Industrie gesehen, von dem Arbeitnehmer nicht profitieren oder sogar darunter leiden. Der internationale Handel wird zwar nicht explizit als Druckmittel für andere politische Ziele genannt, einheitliche Standards aber als Voraussetzung für Handelsverträge eingefordert. Internationaler Standortwettbewerb kann damit schwer vereinbar sein. Insbesondere „Buy American“ trägt offen protektionistische Züge, eine Marktöffnung ist hier nicht zu erwarten.

Joe Biden

Auch Joe Biden konstatiert, in der Handelspolitik gebe es keinen Weg zurück zum Business-as-usual, ohne dass dies besonders spezifiziert wird. Ähnlich wie die anderen Kandidaten will er sicherstellen, dass die USA aus der stärksten möglichen Position heraus verhandeln. Im Gegensatz zur bisherigen Administration betont Biden die Gemeinschaft der Demokratien, die rund die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung umfassen. Diesen Hebel wolle er nutzen, um Handelsregeln bezüglich Umwelt- und Arbeitsfragen, Transparenz, Cyber-Diebstahl, Datenschutz und Künstlicher Intelligenz zu gestalten (<https://joebiden.com/AmericanLeadership/>). Dies bezieht er auf demokratische und amerikanische Interessen und Werte.

Auch mit einem Präsident Biden wäre die Handelspolitik ein potenzielles Konfliktfeld zwischen den USA und Europa. Auch unter Obama, mit Biden als Vizepräsident, waren die Verhandlungen über das europäisch-amerikanische Abkommen TTIP kompliziert. Der Bezug zur westlichen Wertegemeinschaft und die Erwähnung von verschiedenen insbesondere hinsichtlich des Systemwettbewerbs mit China relevanten Punkten deuten darauf hin, dass die realen Probleme des Welthandelssystems gemeinsam von den marktwirtschaftlichen Demokratien adressiert werden können und dass Handelskonflikte zwischen den USA und Europa in den Hintergrund treten könnten.

Einordnung

Die Handelspolitik ist ein zentrales Konfliktfeld mit der aktuellen amerikanischen Regierung. Die Hoffnung, dass sich dies fundamental ändert, kann sich als unbegründet erweisen. Vor allem Elisabeth Warren und Bernie Sanders verfolgen protektionistische Politikansätze in merkantilistischer Tradition. Zudem wird Offenheit für Handel als Druckmittel zur Verfolgung politischer Ziele gesehen. Die Verknüpfung der Handelspolitik mit Sozial- und Umweltstandards entspricht hingegen teilweise auch einer europäischen Herangehensweise. Einzig Joe Biden steht am ehesten für eine Rückkehr zu einer vergleichsweise freihändlerischen Handelspolitik, wie sie auch unter Obama zu finden war.

3 Wirtschafts- und Industriepolitik

Die drei Kandidaten setzen unterschiedliche Prioritäten bei der Stärkung der amerikanischen Wirtschaft. Dies kann sowohl horizontale wie vertikale industriepolitische Ansätze umfassen. Für Europa ist das insoweit relevant, als die Wachstumsperspektive der US-Wirtschaft ebenso wie die wirtschaftspolitischen Grundlinien und konkrete Maßnahmen der Regierung Einfluss auf Absatzchancen und Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland und Europa haben können. So hat die Steuerreform der aktuellen US-Regierung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standorts verschlechtert und die Bundesregierung unter zusätzlichen Handlungsdruck gesetzt.

Elisabeth Warren

Die Kampagne von Elisabeth Warren prägt für die eigene Wirtschafts- oder Industriepolitik den Begriff des Wirtschaftspatriotismus – „economic patriotism“. Sie wirft konkret benannten Unternehmen vor, außerhalb der USA, namentlich in Kanada und Mexiko zu prozieren. Dies erinnert an Vorhaltungen des aktuellen Präsidenten im Wahlkampf 2016.

Zu ihrem wirtschaftspolitischen Programm gehört eine aktive Währungspolitik, um Exporte und heimische Produktion zu fördern. Dabei ist nicht eindeutig, ob sich dies auf den Vorwurf bezieht, China würde seine Währung künstlich abwerten und insofern eine Gegenmaßnahme wäre, oder ob auch eine Abwertung des Dollars unter das Marktpreisniveau als möglich angesehen wird (<https://elizabethwarren.com/plans/american-jobs>).

Als protektionistisch muss die Forderung angesehen werden, die Kaufkraft der US-Regierung zu nutzen, um über öffentliche Beschaffung Produkte zu bevorzugen, die innerhalb der USA produziert wurden. Die vorgeschlagene Verpflichtung der Regierung, soweit möglich heimische Unternehmen zum Zuge kommen zu lassen, soll für die Entwicklung heimischer Branchen eingesetzt werden. Dies wäre eine massive Wettbewerbsverzerrung zu Lasten internationaler, also auch europäischer Unternehmen, denen damit der Zugang zu wichtigen Märkten in den Vereinigten Staaten damit verwehrt würde.

Bei der wirtschaftspolitischen Konzeption wird unter anderem auf die Strategien Chinas und Deutschlands verwiesen. Während „Made in China 2025“ in der Tat ein staatskapitalistisches Planungsinstrument ist, sieht die deutsche Industriestrategie im Gegensatz zu Warrens Plan keine „konkreten Pläne zur Förderung heimischer Branchen“ vor. Die Industriepolitik Deutschland und Chinas unterscheiden sich fundamental, Warren scheint sich eher an dem chinesischen Modell zu orientieren. Orientiert an dem chinesischen (und vermeintlich auch an dem deutschen Beispiel) soll in einer Warren-Administration ein neu geschaffenes Amt für Wirtschaftliche Entwicklung alle vier Jahre eine Nationale Job Strategie (NJS) vorlegen, dass Ziele für die amerikanische Industrie und die Beschäftigung setzten und entsprechende Investitionen vornehmen soll.

Bei den Vorschlägen zur horizontalen Industriepolitik finden sich vielfältige Ansätze. So soll die berufliche Ausbildung „dramatisch“ ausgebaut werden. So sinnvoll das wäre, so schwierig dürfte die Übertragung der jahrhundertlang entwickelten Institutionen und Traditionen aus Deutschland und einigen Nachbarländern auf die USA mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. In der Steuerpolitik wird eher mit einer Verschlechterung der Investitionsbedingungen zu rechnen sein, wenn die jüngsten Steuersenkungen zu Gunsten einer stärkeren Umverteilung zurückgefahren und das Steuersystem umgestaltet wird.

Bernie Sanders

Die Wirtschaftspolitik Bernie Sanders ist geprägt von dem Ziel, „grundlegend den Wohlstand der Volkswirtschaft zurück in die Hände der Beschäftigten zu geben, die ihn geschaffen haben“ (<https://berniesanders.com/issues/corporate-accountability-and-democracy/>). Dazu gehört für ihn eine Beschäftigungsgarantie durch Vollbeschäftigung (<https://berniesanders.com/issues/jobs-for-all/>), ein Mitbestimmungsrecht für die Mitarbeiter am Unternehmen, die Rücknahme der letzten Steuerreform und das Schließen von Steuerschlupflöchern. Zugleich soll der Wettbewerb gestärkt werden, in dem eine strengere Fusionskontrolle eingeführt und alle Unternehmenszusammenschlüsse unter der derzeitigen Administration überprüft werden.

Beschäftigungspotenziale sieht Sanders insbesondere auch im öffentlichen Bereich. Genannt werden der Bau von Infrastruktur wie Straßen, Brücke und Schienen, aber auch Wasserver- und -entsorgung, Schulen und bezahlbare Gebäude. Auch der Bau eines nachhaltigen Energiesystems bedarf laut Sanders Personal und schafft damit Beschäftigung. Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse, die für den Ausbau der Kinderbetreuung und der Altenpflege geschaffen werden müssen.

Joe Biden

Im Mittelpunkt von Joe Bidens wirtschaftspolitischer Aussagen auf seiner Plattform liegen verschiedenen Fördermaßnahmen, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt werden soll. Dazu gehören Steuererleichterungen für ärmere Regionen, mit denen beispielsweise Supermärkte, Immobilienprojekte oder Industrieanlagen unterstützt werden können. Auch lokale Finanzinstitutionen sollen gestärkt werden. In ländlichen Regionen sollen

Unternehmensgründer stärker gefördert werden (<https://joebiden.com/infrastructure/>). Bestehende Programme zur Förderung der Breitbandversorgung, von Gründerzentren oder Clusterinitiativen sollen so ausgestaltet werden, dass sie auch in wirtschaftlichen Problemregionen genutzt werden können. Kleineren Unternehmen soll zudem technische Unterstützung gewährt werden, um auf internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu sein.

Teil von Bidens wirtschaftspolitischer Agenda ist aber auch eine veränderte Handelspolitik. So will er verhindern, dass insbesondere Industrieunternehmen nicht unter einer nicht berechenbaren Politik und in daraus resultierenden Handelskriegen leiden müssen.

Einordnung

Die Industrie- und Wirtschaftspolitik der Kandidaten sind insgesamt geprägt von vertikaler Industriepolitik. Dabei sind die Vorstellungen von Elisabeth Warren am konkretesten ausgearbeitet, aber auch am stärksten durch staatliche Planungsansätze geprägt. Bei Bernie Sanders steht die These vom Widerspruch zwischen unternehmerischem Erfolg und Wohlstand der Bevölkerung im Vordergrund. Für die deutsche Wirtschaft wäre der fördernde Ansatz von Joe Biden vermutlich der interessanteste, der auch am ehesten den industriepolitischen Vorstellungen Deutschlands entspricht.

4 Klimapolitik

Die Klimapolitik hat unter der aktuellen US-Administration eine grundlegende Wende hingelegt. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, der Fokus auf heimische fossile Energieträger und die Debatte über niedrigere Emissionsstandards waren eine Abkehr von den klimapolitischen Ambitionen der Obama-Regierung. Hier könnte ein Regierungswechsel hin zu einem demokratischen Präsidenten mit einer Mehrheit in beiden Häusern einen wirklichen Richtungswechsel bedeuten.

Elisabeth Warren

Ganz oben auf der klimapolitischen Agenda steht die Rückkehr zum Pariser Abkommen und zu den Umweltstandards der Obama-Regierung (<https://elizabethwarren.com/plans/clean-energy>). Der Plan von Elisabeth Warren sieht vor, die heimischen Nettoemissionen bis 2030 auf null zu reduzieren (<https://elizabethwarren.com/plans#fight-for-a-green-new-deal>). Für die einzelnen Sektoren sollen spezifische Ziele für eine schnelle Dekarbonisierung festgelegt werden. Für den Straßenverkehr ist vorgesehen, Neufahrzeuge (Personenfahrzeuge, leichte und mittlere Nutzfahrzeuge und Busse) bis 2030 emissionsfrei zu gestalten (<https://elizabethwarren.com/plans/100-clean-energy>). International soll die Wirtschaftspolitik so gestaltet werden, dass sie andere Länder motiviert, ebenfalls Emissionen zu begrenzen.

Mit einem Grünen Apollo Programm soll eine internationale Führungsrolle bei der Entwicklung und Produktion von klimafreundlichen Energietechnologien erreicht werden. Dazu soll massiv in Forschung und Entwicklung investiert werden. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass diese Forschungsergebnisse auch in Produktion in den USA und nicht im Ausland umgesetzt werden. Auch das öffentliche Beschaffungswesen soll genutzt werden, um die Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten gesteigert wird, die in Amerika produziert werden. Gleichzeitig sollen diese Produkte exportiert werden. Ein Grüner Marshall Plan wird vorgeschlagen, mit dem alle diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel eingesetzt werden sollen, klimafreundliche Technologien zu kaufen, die in den USA produziert werden. Eine neue Bundesbehörde soll den Export dieser Technologieprodukte unterstützen (<https://elizabethwarren.com/plans/green-manufacturing>). Die Chancen des internationalen Handels werden auch hier in merkantilistischer Tradition einseitig im Export gesehen.

Bernie Sanders

Der Beitritt zum Pariser Klimaabkommen und das Erlangen einer internationalen Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel steht auch im Mittelpunkt der Klimapolitik von Bernie Sanders. Er schlägt vor, spätestens 2030 die Stromerzeugung und den Transportsektor zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien zu basieren und die Volkswirtschaft insgesamt bis spätestens 2050 vollständig zu dekarbonisieren (<https://berniesanders.com/issues/green-new-deal/>). Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien steht auch die Bepreisung auf der Agenda. Die auf fossilen Brennstoffen basierenden Industrien sollen über Steuern, Abgaben oder den Rechtsweg zur Zahlung verpflichtet werden, zudem sollen Bundessubventionen für fossile Brennstoffe abgeschafft werden.

Wenn Sanders den Ausstieg aus nicht nachhaltigen Energiequellen propagiert, adressiert er auch die Kernenergie. Er will den Bau neuer Kernkraftwerke verhindern und eine Lösung für das Endlagerproblem radioaktiver Abfälle finden. Für die Verlängerung der Betriebserlaubnis von Kernkraftwerken ist ein Moratorium vorgesehen. Seine Vision einer nachhaltigen Energieversorgung schließt die Kernkraft, aber auch die Abtrennung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) aus.

Für den Verkehrssektor sind neben anspruchsvollen Zielen und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur auch ökonomische Anreizinstrumente vorgesehen. So soll es für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen Zuschüsse für den Kauf von Elektrofahrzeugen geben. Ein Aufkaufprogramm soll zudem ältere, konventionelle Fahrzeuge aus dem Bestand nehmen, wenn dies gegen ein in den USA hergestelltes Elektrofahrzeug getauscht wird. Auch hier ist wieder ein protektionistisches Element zu sehen.

Joe Biden

Auch Joe Biden will dem Pariser Klimaschutzabkommen beitreten und sicherstellen, dass die USA bis 2050 zu 100 Prozent auf sauberen Energien basiert und das Ziel von null Netto-Emissionen erreicht. Dazu sieht er unter anderem erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Anreizprogramme zum Umbau der Energieversorgung vor

(<https://ioebiden.com/climate/>). International will Biden andere Länder dazu bringen, ihre Anstrengungen zum Erreichen der Klimaziele zu erhöhen. Er fordert verpflichtende und durchsetzbare Ziele ein und will hierfür die Stärke der amerikanischen Wirtschaft als Hebel nutzen. Die Wende der US-Politik wird damit gleich mit dem Anspruch verbunden, dies auch international durchzusetzen.

Biden legt einen Schwerpunkt auf der Entwicklung einer nationalen Strategie für eine klimafreundliche Industrie. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gestärkt und die Emissionen zugleich gesenkt werden. Um dies zu erreichen, sollen Universitäten, die Ausbildung, Inkubatoren und Forschungsinstitute der Industrie zusammengeführt werden und mit Arbeitgeber, Gewerkschaften und regionale Regierungsstellen an den Veränderungen arbeiten. Für fortgeschrittene Technologien sollen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit Steuergutschriften und Subventionen sollen Unternehmen unterstützt werden, ihre Ausrüstung und Prozesse zu modernisieren, Fabriken neu zu gründen und zu erweitern und damit klimafreundliche Produktion zu etablieren. Als Beispiele werden Batterien für Elektrofahrzeuge oder Solaranlagen genannt. Es soll aber auch Anreize für kleinere Unternehmen geben, in Amerika produzierte Vorprodukte wie Eisen und Stahl oder Zwischenprodukte zu verwenden – hier deuten sich erneut protektionistische Ansätze an.

Einordnung

In der Klimapolitik ist von allen Kandidaten eine Kehrtwendung zu erwarten. Dies wäre für die deutsche und europäische Wirtschaft eine gute Nachricht, da die Chance auf vergleichbare Klimaschutzanstrengungen und damit von vergleichbaren Kostenbelastungen wachsen würden. Problematisch ist bei allen Kandidaten der protektionistische Zungenschlag bei der Entwicklung einer klimafreundlichen Industrie. Auch hier wären offene Märkte wichtig für die exportorientierte deutsche und europäische Wirtschaft.

5 Eine mögliche neue Präsidentschaft: Kein Weg zurück

Die Präsidentschaftswahlen 2020 werden prägend für die transatlantischen Beziehungen der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte sein. Während eine Wiederwahl und zweite Amtszeit keine Kursveränderung erwarten lässt, kann ein Regierungswechsel fundamentale Politikänderungen mit sich bringen. Je nachdem, welcher Kandidat von der demokratischen Partei nach den Vorwahlen nominiert wird, werden die Unterschiede zur aktuellen Politik in einzelnen Politikfeldern aber gar nicht so groß sein. Einen Weg zurück in eine vermeintlich konfliktfreie Kooperation – die es aber auch nie gab – wird es nicht geben. Dies gilt umso mehr dann, wenn ein demokratischer Präsident nicht auf eine Mehrheit in beiden Häusern zurückgreifen kann.

In der Handelspolitik ist mit Joe Biden am ehesten ein fundamentaler Kurswechsel hin zu multilateralen Ansätzen und einer stärkeren Kooperation der westlichen Demokratien. Elisabeth

Warren und Bernie Sanders stehen stärker für merkantilistische Konzepte, die sich in den Instrumenten weit weniger von der aktuellen Regierungspolitik unterscheiden dürften.

In der Wirtschaftspolitik gibt es unterschiedliche Vorstellungen von der Ausprägung staatlicher Aufgaben. Während Elisabeth Warren unter dem Label des Patriotismus tendenziell protektionistische Instrumente fördern will und eine Wirtschaftspolitik chinesischen Typs als Vorbild für eine aktive und intervenierende Wirtschaftspolitik sieht, betont Bernie Sanders vor allem die Schaffung von Beschäftigung in öffentlichen Aufgaben. Biden fokussiert auf Unterstützungsprogramme für die Entwicklung von Unternehmen, insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Regionen.

In der Klimapolitik sind sich die drei Kandidaten einig, dass die USA dem Pariser Klimaabkommen wieder beitreten, eine internationale Führungsrolle übernehmen und anspruchsvolle nationale Ziele durchsetzen sollen. Sanders verbindet das Ziel, eine klimafreundlichere Energieversorgung und Industrie zu etablieren mit Tendenzen zum Protektionismus. Ähnliches gilt für Sanders, der zusätzlich besonders kritisch der Kernenergie gegenüber eingestellt ist. Von Biden ist ein spürbarer internationaler Druck für mehr Klimaschutz zu erwarten. Gleichzeitig sind auch seine Vorstellungen von der Entwicklung einer klimafreundlichen Industrie nicht ohne protektionistische Elemente.

Unter dem Strich sind die Positionen aller drei Kandidaten nicht unproblematisch für Deutschland als Industriestandort. Der traditionelle amerikanische Protektionismus ist bei allen sichtbar. Positiv wäre die Rückkehr Amerikas zum internationalen Klimaschutz. Kritisch vor allem bei Elisabeth Warren und Bernie Sanders die kritische Position zum freien Handel. Auf Basis der bisher bekannten Positionierungen wäre vermutlich Joe Biden für Europa der einfachste Partner.

Literatur

Biden, Joe, 2020, Kampagnenwebsite, <http://joebiden.com>

Grömling, Michael / **Matthes**, Jürgen, 2019., Unsicherheit der Unternehmen lähmt Konjunktur; in: Wirtschaftsdienst, 99, Jg., Nr. 12/2019, S. 855–862
<https://doi.org/10.1007/s10273-019-2540-7>

Kolev, Galina, 2018, Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA: Pessimismus überwiegt, IW-Kurzbericht Nr. 73/2019, Köln
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2018/IW-Kurzbericht_2018-73_Handelsbeziehungen_USA_EU.pdf

Sanders, Bernie, 2020, Kampagnenwebsite, <http://berniesanders.com>

Warren, Elisabeth, 2020, Kampagnenwebsite, <http://elizabethwarren.com>

Abstract

The USA is at the beginning of an election year. The elections on November 3, 2020 will have a formative influence on the transatlantic relationship and on global cooperation structures in a wide range of topics. It is not just a question of whether the current administration will be elected for another four years. A re-election of the current president is likely to further weaken multilateral approaches and make transatlantic cooperation more difficult. While a continuation of the previous presidency for another four years until the beginning of 2025 - despite the unpredictability of the current US administration - is likely to continue existing development trends. Changes can be expected if the government changes. However, this will not mean that the past four years can be undone, nor is a 180-degree turnaround in politics in the areas of importance for Germany and Europe realistic. How a possible administration can operate under democratic leadership essentially depends on the political positioning of a new president. Depending on which candidate the democratic party nominates after the primaries, the differences to current politics will not be that big in some areas. Particularly when it comes to free trade, there are sometimes pronounced protectionist tendencies among the democratic candidates. There will be no way back to a supposedly conflict-free cooperation - which never existed in the past. This is all the more true if a democratic president cannot rely on a majority in both houses.